

Inhalt

- 3 Interview:** Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium, hat der wi-Redaktion drei Fragen zur Rolle der Nachbarschaften bei der Integration beantwortet.
- 4 Umwelt:** Das Bundeskabinett hat eine Verordnung beschlossen, die den Umgang mit Abfällen insbesondere aus Dämmplatten mit dem Flammenschutzmittel HBCD regelt.
- 6 Jubiläum:** Die Aktion „Genossenschaft macht Schule“ der Wohnungswirtschaft in Berlin und Brandenburg und des Genossenschaftsforums ist seit fünf Jahren aktiv.

Zusammenleben mit neuen Nachbarn – Integrationspreis 2017 geht nach Lippstadt und Rheinsberg

Berlin/Hamburg – Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zeichnet der „Integrationspreis 2017“ hervorragende Projekte aus, die dazu beitragen, in den Wohnquartieren lebendige Nachbarschaften zu erhalten, Ausgrenzung zu vermeiden und Integration zu unterstützen. Eine 11-köpfige Fachjury hat unter dem Vorsitz des ZDF-Fernsehmoderators Mitri Sirin aus dem großen Feld der qualitativsten Bewerbungen die besten Projekte ausgewählt. Zwei von ihnen wurden am 13. Juni in Hamburg mit dem Integrationspreis in den Kategorien „Nachbarschaften“ und „Netzwerke“ prämiert. Insgesamt hatten es 12 Projekte auf die Nominierungsliste geschafft.



Die „Rheinsberger Initiative“ ist ein starkes Netzwerk ehrenamtlicher Bürger und unterstützt die Integration von Flüchtlingsfamilien. Dafür wurde sie mit dem Integrationspreis 2017 ausgezeichnet.

Die Jury war beeindruckt von der Qualität und Vielfalt der vielen eingereichten Projekte. „Die Auswahl ist uns nicht leichtgefallen. Die eingereichten Projekte und Initiativen sind hervorragende Beispiele dafür, wie Konflikten innerhalb von Nachbarschaften begegnet werden kann. So kann Integration gelingen!“, so die Einschätzung des Juryvorsitzenden **Mitri Sirin**, Fernsehmoderator beim ZDF.

Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium, zeichnete gemeinsam mit den Auslobern die Preisträger für ihr umfassendes Engagement aus. „Wir ehren heute herausragende Projekte, die den Gedanken der Integration in den Wohnquartieren und Nachbarschaften beispielhaft umgesetzt haben. Ihr Engagement in ihren Nachbar-

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Wirtschaft fordert neue Digital-Agenda

Deutschland hat den anfänglichen Rückstand in der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft aufgeholt. Nun dürfe nicht nachgelassen werden, um in der Transformation von Unternehmen, Infrastruktur, Bildung und Datenschutz nicht zurückzufallen. Das war laut einem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 14. Juni 2017 der Tenor auf dem politisch prominent besetzten Digital-Gipfel in Ludwigshafen. (wi)

859 neue Asylberechtigte im ersten Quartal 2017

Im ersten Quartal dieses Jahres sind in Deutschland 859 Menschen als asylberechtigt anerkannt worden, während 47.400 Flüchtlingsschutz und 41.122 subsidiären Schutz erhielten. Ein Abschiebungsverbot gemäß Aufenthaltsgesetz wurde in 14.055 Fällen festgestellt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE hervor. (hib)

Altersdurchschnitt der Bevölkerung gesunken

Erstmals seit der Wiedervereinigung sank das durchschnittliche Bevölkerungsalter in Deutschland und lag Ende 2015 bei 44 Jahren und drei Monaten. Grund ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der starke Zuzug überproportional vieler junger Zuwanderer. Im Vorjahr hatte das Durchschnittsalter aller Einwohnerinnen und Einwohner noch 44 Jahre und vier Monate betragen. (wi)

➔ Fortsetzung von Seite 1

schaften für die Gesellschaft ist vorbildlich. Wir gratulieren Ihnen ganz herzlich und wünschen Ihnen alles Gute für ihre weitere Arbeit“, erklärte Pronold anlässlich der Preisverleihung.

Der Wettbewerb ist eine Gemeinschaftsinitiative des AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, des Deutschen Städtetages, des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, des Deutschen Mieterbundes und des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. Er wird durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) unterstützt.

Die Preisträger

Kategorie: Netzwerke

Rheinsberger Modell: Dezentraler Wohnverbund

„Rheinsberger Initiative“ – Ein starkes Netzwerk ehrenamtlicher Bürger unterstützt die Integration von Flüchtlingsfamilien.

Einreicher: Rheinsberger Wohnungsgesellschaft mbH (REWOG)

Im Oktober 2014 stand die kleine Stadt Rheinsberg erstmals vor der Aufgabe, Geflüchtete aufzunehmen. Die Stadtverwaltung und die Wohnungsgesellschaft REWOG setzten von Anfang an auf eine dezentrale Unterbringung, damit der unmittelbare Kontakt zu den Einheimischen das Ankommen erleichtert. 40 Wohnungen wurden seitens der Wohnungsgesellschaft über Einzelmietverträge bereitgestellt. Parallel dazu übernahm die „Rheinsberger Initiative“, als neues Netzwerk von Ehrenamtlichen, Wohnungsgesellschaft, Schulen, sozialen Trägern und Stadtverwaltung entstanden, die Koordination von Hilfsangeboten nach dem Motto: Hilfe anbieten, wo sie erwünscht



Die Preisträger aus Lippstadt mit Vertretern der Auslober und des Bundesbauministeriums

und abgefragt wird. Statt Bevormundung wurde die Selbständigkeit der neuen Rheinsberger gefördert. Über eine transparente Öffentlichkeitsarbeit unter anderem durch das Magazin „Stadtleben“ wurde die Rheinsberger Bevölkerung informiert. Eine „Lebensfibel“ wurde gemeinsam erarbeitet und informiert über Regeln im nachbarschaftlichen Zusammenleben. Die neuen Bürger besuchen Sprachkurse, Schulen, arbeiten in örtlichen Betrieben oder absolvieren erste Praktika, bringen sich aktiv im öffentlichen Leben ein.

Die Jury würdigt, wie die Integration Geflüchteter in enger Zusammenarbeit zwischen Stadt, Wohnungsgesellschaft und Bürgerschaft gelungen ist. Mittlerweile leben 200 Geflüchtete in Rheinsberg.

Kategorie: Nachbarschaften

Flüchtlingen ein Gesicht geben

„Migranten mischen mit“ (MMM) in Lippstadt – Ein Projekt von jungen Flüchtlingen für junge Flüchtlinge

Einreicher: AWO Arbeiterwohlfahrt Hochsauerland/Soest, Jugendmigrationsdienst

Hinter jedem geflüchteten Menschen steht ein Schicksal, eine Geschichte. Jeder Einzelne von ihnen hat Talente, die unsere Gesellschaft bereichern können. Diese Botschaft vermittelt das Projekt „Flüchtlingen ein Gesicht geben“. Einmal wöchentlich

trifft sich die Gruppe MMM „Migranten mischen mit“ im Jugendmigrationsdienst der AWO. Die Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren sind fast alle auch als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen und kennen die Situation der neu eingewanderten Jugendlichen sehr genau. Mit professioneller Unterstützung durch die Arbeiterwohlfahrt erarbeitete die Gruppe



ZDF-Fernsehmoderator Mitiri Sirin führte durch die Preisverleihung.

ein Konzept für die Durchführung von Interviews mit den Zuwanderern. Aus den Antworten auf Fragen wie: Warum hast du dein Land verlassen? Wie hast du die Flucht erlebt? Was sind deine Stärken? Was sind deine Wünsche und Träume für die Zukunft? setzen sich bereits kleine Geschichten zusammen. Es entstanden ausdrucksstarke Ausstellungstafeln mit sorgfältig zusammengestellten Texten und den dazugehörigen Porträtfotos der interviewten Gesprächspartner. Über ein Bühnenprogramm, die Presse und eine Wanderausstellung, die unter anderem in Schulen präsentiert wird, hat das Projekt bereits weit über 2.000 Personen unmittelbar erreicht.

Die Jury war beeindruckt: Das Projekt schafft Gelegenheiten zur Begegnung und führt junge Geflüchtete, über den durch die Porträts gelingenden Perspektivwechsel, auf neue Weise mit der einheimischen Bevölkerung zusammen. (burk/schi) ■



Die Preisträger aus Rheinsberg mit Vertretern der Auslober und des Bundesbauministeriums

➔ Weitere Infos finden Sie unter

www.preis-soziale-stadt.de/integrationspreis,
Fotos aller nominierten Projekte unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/Sjkyas> und zwei
Videobeiträge über die Preisträger im
Youtube-Kanal des GdW unter
www.youtube.com/GdWBundesverband

DREI FRAGEN AN ...

Florian Pronold
Parlamentarischer
Staatssekretär im
Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



Bei der Verleihung des Integrationspreises 2017 zeichnete Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium, gemeinsam mit den Auslobern die Preisträger für ihr umfassendes Engagement aus. Der wir hat er drei Fragen beantwortet.

wi: Die weit überwiegende Zahl der Menschen, die im Zuge der Flüchtlingswelle nach Deutschland gekommen sind, hat mittlerweile eine dauerhafte Bleibe gefunden. Was sind aus Ihrer Sicht jetzt die größten Herausforderungen in den neuen Nachbarschaften?

Florian Pronold: Bund, Länder und Kommunen haben unter großem Druck und mit viel Kreativität Erhebliches geschafft. Insgesamt ist die Aufnahme der Geflüchteten in einer Form, einem Tempo und einer Qualität gelungen, die mehr als beachtlich ist. Das wäre aber nicht möglich gewesen ohne das erhebliche freiwillige und ehrenamtliche Engagement vor Ort. Dieses war nicht nur erfolgreich, sondern auch sehr beeindruckend, und dafür bin ich den Verantwortlichen vor Ort sehr dankbar. Unzählige Engagierte haben sich für Sprachunterricht, bei Behördengängen und für Begegnung und Kennenlernen eingesetzt. Die meisten Geflüchteten mit Bleiberecht konnten aus den großen Gemeinschaftsunterkünften, aus Turnhallen und ehemaligen Verwaltungsgebäuden in Wohnungen umziehen.

Doch gerade für bezahlbare Wohnungen für alle Menschen – für neue und für alte Nachbarn –, für lebenswerte Quartiere und für ein gutes Zusammenleben vor Ort müssen wir uns auch künftig stark machen. Deshalb hat der Bund die Mittel für die soziale Wohnraumförderung in diesem und im kommenden Jahr auf 1,5 Milliarden Euro und die Mittel für die Städtebauförderung auf das Rekordniveau von 790 Millionen Euro in 2017 erhöht. Hinzu kommen weitere 200 Millionen Euro jährlich bis 2020 für den Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“. Ich bin überzeugt: Deutschland ist nicht nur wirtschaftlich stark, sondern auch menschlich und kann denjenigen Zuflucht und Lebensperspektive bieten, die aus ihrer Heimat flüchten mussten.

„Lebendige und gute Nachbarschaften sind die Basis für sozialen Zusammenhalt“

Für eine erfolgreiche Eingliederung der neuen Mitbürger in die Gesellschaft ist das neue Programm „Soziale Integration im Quartier“ Ihres Ministeriums von zentraler Bedeutung, es wird aktuell von Wohnungsunternehmen aber noch wenig genutzt. Wie kann es für die Wohnungswirtschaft noch besser zugänglich gemacht werden?

Florian Pronold: Mit dem neuen Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ wollen wir die Kommunen unterstützen, in den Stadtteilen Bildungs- und Begegnungsorte zu schaffen. Kitas, Schulen oder Nachbarschaftstreffs werden zu Orten der Integration. Antragsteller sind, wie auch in der Städtebauförderung, die Kommunen.

Die Wohnungswirtschaft ist seit langem ein zuverlässiger und starker Partner für die Kommunen in der Stadterneuerung und Städtebauförderung vor Ort. Bundesweit engagieren sich zahlreiche Wohnungsunternehmen und -genossenschaften für eine Verbesserung des Zusammenlebens und der Integration in der Nachbarschaft. Den Wohnungsunternehmen stehen daher auch Maßnahmen des Investitionspaktes grundsätzlich offen und es würde mich freuen, wenn sich die Wohnungswirtschaft in den Städten und Gemeinden auch weiterhin mit Engagement und Know-how einbringt.

Im Übrigen ist es mir wichtig zu betonen, dass sich der Investitionspakt an alle Bewohnerinnen und Bewohner richtet, unabhängig von der Herkunft, Hautfarbe und Religion. Uns geht es darum, Begegnung und Zusammenleben aller in den Nachbarschaften zu fördern.

Wir feiern dieses Jahr 10 Jahre Leipzig-Charta für eine integrierte Stadtentwicklung und eine nachhaltige europäische Stadt. Wagen wir einen Blick in die Zukunft: Wie wird es vor Ort in den Wohnquartieren in weiteren 10 Jahren insbesondere in puncto Integration und Zusammenhalt der Nachbarschaften Ihrer Einschätzung nach aussehen?

Florian Pronold: Wir haben uns mit der Leipzig Charta wichtige Leitziele für eine nachhaltige, sozial gerechte und ökologisch tragfähige Stadtentwicklung gesetzt. Sie hat in den letzten 10 Jahren viel bewirkt und zum Positiven verändert, in der Politik und Verwaltung, aber auch ganz praktisch in den Quartieren. Es ist wichtig, dass

Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik an einem Strang ziehen und zusammenarbeiten. Das gilt für alle Ebenen: Bund, Land und Kommune. Mit der Strategie Soziale Stadt haben wir als Bundesbauministerium erreicht, dass alle betroffenen Ressorts Förderungen zum Beispiel für Gesundheitsprävention oder Verbraucherberatung in den Quartieren bündeln. Erstmals haben wir die Zusammenarbeit in der Bundesregierung durch einen Kabinettsbeschluss verbindlich gemacht.

Lebendige und gute Nachbarschaften sind die Basis für sozialen Zusammenhalt und demokratische Mitbestimmung. Stadtentwicklungspolitik im Sinne der Leipzig Charta ist Gesellschaftspolitik – für ein solidarisches Miteinander in der Stadt und auf dem Land. Hier konnten wir gerade in den vergangenen vier Jahren eine Menge erreichen. Ich wünsche mir, dass wir in den kommenden 10 Jahren natürlich noch weiter vorankommen.

Wir wollen Wirtschaft und Zivilgesellschaft gewinnen, sich noch stärker als bisher in die Stadtentwicklung einzubringen. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger sich an der Gestaltung ihres eigenen Lebensumfeldes beteiligen können. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen – in den großen Städten, in kleinen ländlichen Gemeinden – eine gute Infrastruktur und Angebote der Daseinsvorsorge vorfinden. Der Bund wird die Kommunen und Akteure vor Ort deshalb auch in Zukunft unterstützen. Nur gemeinsam können wir erreichen, dass wir die gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft meistern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewahren und stärken. ■



Florian Pronold im Gespräch mit ZDF-Moderator Mitri Sirin bei der Verleihung des Integrationspreises in Hamburg.

Langfristige Regeln für die Entsorgung HBCD-haltiger Abfälle – Bundeskabinett verabschiedet neue Verordnung für POP-haltige Abfälle

Berlin – Das Bundeskabinett hat am 7. Juni 2017 eine Verordnung beschlossen, die den Umgang mit Abfällen regelt, die persistente organische Schadstoffe (POP) enthalten. Das betrifft zurzeit vor allem Dämmplatten mit dem Flammschutzmittel Hexabromcyclododecan (HBCD), einem bekannten POP. Der Vorschlag von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sieht vor, solche Abfälle zukünftig getrennt zu sammeln. Die direkte Entsorgung in Verbrennungsanlagen darf zwar zusammen mit anderen Abfällen erfolgen, der Weg dorthin muss aber nachgewiesen werden. POP müssen nach den Vorgaben der EU-POP-Verordnung wegen ihrer schädlichen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt aus dem Wirtschaftskreislauf ausgeschlossen und zerstört werden. Die Wohnungswirtschaft begrüßt den Vorschlag.

„Die Verordnung führt zu einer dauerhaften Lösung. Wir schaffen die Grundlage dafür, dass die Entsorgungspreise gerade für Dämmstoffe mit HBCD langfristig stabil bleiben. Gleichzeitig ist garantiert, dass solche und andere Abfälle, die POP enthalten, dauerhaft sicher und umweltverträglich entsorgt werden und dies auch gründlich überwacht werden kann. Ich bin daher zuversichtlich, dass die Länder der Verordnung im Bundesrat zustimmen werden und sie noch im Sommer dieses Jahres in Kraft treten kann“, so Hendricks.

Wärmedämmplatten, die HBCD enthalten, wurden 2016 als gefährlicher Abfall eingestuft. Dies führte zu Entsorgungsgespässen und infolgedessen zu über-

höhten Entsorgungspreisen. Die entsprechende Regelung wurde deshalb Ende Dezember 2016 für ein Jahr ausgesetzt – dafür hatte sich auch der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW eingesetzt. Innerhalb dieses Moratoriums verhandelten Bund und Länder eine neue Verordnung, die nun vorliegt. Demnach sollen alle POP-haltigen Abfälle nur dann als „gefährlicher Abfall“ eingestuft werden, wenn dies auch EU-rechtlich geboten ist. Das heißt, in den Abfällen müssen die jeweiligen gesetzlichen Grenzwerte für die POP – 16 Stoffe sind derzeit in der EU-POP-Verordnung (Beschluss 2014/955/EU) vorgegeben – überschritten werden. Gleichzeitig wird mit der Verordnung sichergestellt, dass POP-haltige

Abfälle unabhängig von ihrer Einstufung als gefährlicher oder nicht gefährlicher Abfall in vergleichbarem Maße getrennt gesammelt werden. Gleichwohl dürfen sie wie bisher in entsprechenden Entsorgungsanlagen vermischt werden. Durch die Anwendung von Nachweis- und Registerpflichten können die Abfallbehörden der Länder den Entsorgungsweg dieser Abfälle stringent überwachen. Die Verordnung zur Änderung der Abfallverzeichnisverordnung und zum Umgang mit POP muss noch vom Bundesrat verabschiedet werden. Sie ist dort zustimmungspflichtig.

(schr/schi) ■

➔ Weitere Infos finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/xYhnSq>

Deutscher Verband fordert angesichts der Bundestagswahl eine gestärkte Raumordnungspolitik

Berlin – In Deutschland verschärfen sich die regionalen Unterschiede; die Lebensverhältnisse in den Regionen entwickeln sich immer weiter auseinander. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist eine gestärkte und veränderte Raumordnungspolitik notwendig. Dafür plädiert der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (DV) in einem Positionspapier, das er anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl vorgelegt hat.

Um das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse wirkungsvoller zu verfolgen, sind aus Sicht des DV verbesserte Raumordnungsinstrumente notwendig. Diese müssen integrierte Ansätze verfolgen und raumbedeutsame Planungen und Fördermittel von Kommunen, Regionen, Ländern, Bund und EU besser verzahnen. Zudem brauche die Raumordnung auch selbst gesonderte Finanzierungsinstrumente zur Sanierung und Entwicklung größerer Gebiete außerhalb von Siedlungsbereichen. Weiterhin fordert der DV, dass die Raumordnung wieder zusammen mit Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen in einem Bundesministerium zusammengeführt wird. Die zunehmenden Unterschiede lassen sich an Einkommen und Arbeitsplatzwachstum, der Bevölkerungsentwicklung, dem Durchschnittsalter sowie der Infrastrukturausstattung und der öffentlichen Daseinsvorsorge festmachen. So liegt das mittlere Einkommen in Vorpommern bei 2.027 Euro, in der Region Stuttgart bei 3.500 Euro. Die Bevölkerung

wuchs in Berlin zwischen 2011 und 2014 um 4,3 Prozent und ging in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg um drei Prozent zurück. In Göttingen kommen auf 100.000 Einwohner 64 Allgemeinärzte, in Dortmund nur 34. Doch Wachstum und Schrumpfung sind nicht gleichzusetzen mit Stadt und Land. Es gibt sowohl ländliche Wachstumsregionen als auch städtisch geprägte Schrumpfungsbereiche. Auch die Umsetzung nationaler Politikziele, wie zum Beispiel das 30-Hektar-Ziel oder die Klimaschutzziele, ist in hohem Maß an Flächen und Raum gebunden. Jede Maßnahme ist für die einzelnen Teilräume mit unterschiedlichen Belastungen verbunden, so zum Beispiel Windräder oder Überflutungsflächen für den Hochwasserschutz.

Integrierte Instrumente zur Stärkung der Raumordnung

„Gleichwertige Lebensverhältnisse lassen sich ohne stärkeres staatliches Handeln immer schwerer erreichen“, so Dr.

Josef Meyer, Vizepräsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung. Dafür muss die Raumordnung mit wirkungsvolleren Instrumenten ausgestattet werden, die integrierte Ansätze verfolgen, Interessen ausgleichen, demokratisch legitimiert und mit finanziellen Mitteln ausgestattet sind. Für die klassischen Landesentwicklungs- und Regionalpläne bedeutet dies: Fachplanungen, Kommunen, Nichtregierungsorganisationen und Bürger müssen ihre raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen und Interessen schon in die Erstellung der Raumplanungsentwürfe einbringen. Zudem sollte die Regionalplanung über eine Direktwahl der Regionalräte stärker demokratisch legitimiert sein.

Neue Kooperationsformen erforderlich

Insbesondere in strukturschwachen Regionen sind integrierte Entwicklungskonzepte

Weiter auf Seite 5 ➔

Wohnungseinbruch: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen legt Forschungsergebnisse vor

Berlin/Bonn/Hannover/Stuttgart – Eine hohe Beuteerwartung und die Möglichkeit, mit geringem Aufwand in Wohnungen einzudringen, lockt Täter aus dem Ausland, die gezielt für Wohnungseinbrüche nach Deutschland kommen. Neben diesen Tätern, die sich nur über einen kurzen Zeitraum in Deutschland aufhalten – sogenannte reisende Täter – gibt es jedoch auch Personen, die kurz nach ihrem Zuzug nach Deutschland Einbrüche begehen. Dies geschieht meist aufgrund der Tatsache, dass sich die Perspektive auf ein besseres Leben mit legalen Mitteln schnell nach der Einreise zerschlagen hat – dabei handelt es sich um sogenannte zugereiste Täter. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) hat nun zu diesen beiden Tätergruppen eine Studie vorgelegt.

Die Forschung belegt, dass Einbrecher aus dem Ausland nicht nur in fest organisierten Banden vorgehen. Neben Alleintätern gibt es vielmehr eine große Bandbreite loser Bekanntschaftsbeziehungen, aus denen heraus in wechselnder Konstellation je nach Gelegenheit Einbrüche begangen werden. „Dabei zeigen sich auch Strukturen in Deutschland als relevant insofern Täter aus dem Ausland meist schnell Anschluss an ein (klein-)kriminelles Milieu vor Ort finden“, so Gina Rosa Wollinger, Projektleiterin der Studie. Ebenso werden innerhalb Deutschlands auch häufig Möglichkeiten zum Absetzen des Diebesgutes genutzt. Eine schnelle „Beuteverwertung“ verringert für die Täter das Entdeckungrisiko. „Ein niedriges Entdeckungrisiko ist für Täter aus dem Ausland ebenso wichtig wie für deutsche Täter. Aus diesem Grund nutzen die Täter gern schlecht gesicherte Türen und Fenster, welche leicht aufzubrechen sind oder ganz klassisch das gekippte Fenster“, so Wollinger. Die Erkenntnisse in Bezug auf wirksame Präventionsmaßnahmen decken sich mit der polizeilichen Empfehlungspraxis: Zusätzliche Tür- und Fenstersicherungen sowie das Verbergen der eigenen Abwesenheit und das Schließen der Fenster beim Verlassen der Wohnung schrecken Täter ab.

Zur Studie

Das KFN hat von April 2016 bis Mai 2017 ein Forschungsprojekt zum Phänomen der reisenden und zugereisten Einbruchstäter durchgeführt. Das Projekt wurde durch das Deutsche Forum Kriminalprävention (DFK),

das Programm Polizeilicher Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) sowie durch Eigenmittel des KFN finanziert. Im Rahmen der Forschung wurden 30 Interviews mit inhaftierten Einbruchstätern geführt, die kurzzeitig nach Deutschland kamen, um Einbrüche zu begehen – sogenannte reisende Täter – und solchen, die kurze Zeit nach ihrem Zuzug nach Deutschland Einbrüche begehen – sogenannte zugereiste Täter. Bei den Interviewpartnern handelt es sich um verurteilte erwachsene Täter, die mehrjährige Haftstrafen verbüßen. Die Interviews wurden deutschlandweit in Justizvollzugsanstalten geführt.

Zur Prävention seitens Eigentümer und Mieter

Die Ergebnisse der Studie reihen sich in bisherige Befunde zu Präventionsmöglichkeiten im Bereich des Wohnungseinbruchs ein. Da dem leichten Eindringen in den Wohnraum für viele Täter bei der Begehung der Taten eine zentrale Bedeutung zukommt, sprechen die vorliegenden Befunde für mechanische Sicherungsmaßnahmen als einen wichtigen Bestandteil effektiver Prävention. Bezüglich technischer Maßnahmen wie Videokameras und Alarmanlagen berichten die Täter vorwiegend, wie sie sich auf solche zur Tatusführung einstellten, indem sie sich beispielsweise maskieren oder auf Geräte wie Alarmanlagen physisch einwirken. Abschreckungswirkung erzielten technische Präventionsmaßnahmen nur bei sehr vorsichtig handelnden Tätern, die (noch) über keine große Einbruchserfahrung verfügen. Des Weiteren

erzielte jedoch auch die Wahrnehmung einer aufmerksamen Nachbarschaft eine Abschreckungswirkung. Das Gefühl, unter Beobachtung zu stehen und die Bereitschaft von Bewohnern, bei Verdacht die Polizei zu rufen, führte bei einigen Tätern zu einem Vermeidungsverhalten bezüglich bestimmter Wohngenden.

Zum Hintergrund

Während von 2006 bis 2015 die Fallzahlen im Bereich des Wohnungseinbruchdiebstahls stark stiegen, verzeichnet die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2016 erstmalig seit langer Zeit einen Rückgang. Inwiefern es sich dabei um eine Trendwende handelt, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen. Konstatieren lässt sich jedoch, dass sich die Fallzahlen immer noch auf einem hohen Niveau befinden. Aufgrund der niedrigen Aufklärungsrate ist über die Täter hingegen wenig bekannt. Eine vorhergehende Studie des KFN zeigte in diesem Zusammenhang, dass es sich bei einem relevanten, wenn auch nicht überwiegenden Teil der Täter um sogenannte reisende Täter handelt, das heißt Täter, die aus dem Ausland zur Tatbegehung einreisen. Diese Tätergruppierung wird medial häufig aufgegriffen, verbunden mit der Annahme, es handle sich dabei um feste Banden aus Osteuropa, welche einen hohen Organisationsgrad aufwiesen. Wissenschaftliche Untersuchungen zu dieser besonderen Tätergruppe fehlten bislang jedoch. (wollsch) ■

➔ *Den Forschungsbericht finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/2c2yww>*

➔ Fortsetzung von Seite 4

und andere Formen der Kooperation erforderlich. Öffentliche Gelder von Europäischer Union, Bund, Ländern und Kommunen sollten nur auf Grundlage integrierter regionaler Entwicklungskonzepte zum Einsatz kommen.

Gleichzeitig müssen aber auch die nationalen Instrumente der Regionalentwicklung und Strukturförderung, vor allem die beiden Gemeinschaftsaufgaben, stärker auf die Bedürfnisse der Regionen ausgerichtet

werden. Insgesamt ist ein neues Instrument für eine koordinierte und integrierte Fördermittelvergabe für strukturschwache Räume notwendig. Aber auch die Raumordnung selbst benötigt gesonderte Finanzierungsinstrumente, etwa für die Entwicklung und Sanierung größerer Gebiete außerhalb der Siedlungsräume.

Stärkung der Bundesraumordnung

Zudem fordert der DV, dass die Rolle der Bundesraumordnung zur Verbesserung des regionalen Ausgleichs gestärkt wird.

Für Aufgaben mit bundesländerübergreifenden Wirkungen, wie zum Beispiel Hochwasserschutz, sind verbindlichere Vorgaben des Bundes zur räumlichen Ausgestaltung der Länder erforderlich. Insbesondere auf Bundesebene sollte die Raumordnung wieder mit den Bereichen Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen in einem Ministerium zusammengeführt werden. (mag/schi) ■

➔ *Das Positionspapier des DV zur Bundestagswahl finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/AQYy6z>*

22. Juni 2017, Berlin

Wohnungsbau-Tag: Weichenstellung im Wahljahr 2017



Foto: Susie Knoll

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz wird eine wohnungsbaupolitische Grundsatzrede halten.

Das Verbändebündnis Wohnungsbau lädt am 22. Juni 2017 von 13:00 bis 16:30 Uhr zur „Wahlkampf-Arena Wohnungsbau“ in die Landesvertretung Bayern in Berlin. **Martin Schulz**, Kanzlerkandidat und SPD-Parteivorsitzender, wird eine wohnungsbaupolitische Grundsatzrede zum Thema

„Bundestagswahl – Wohnungswahl“ und Bundesbauministerin Dr. **Barbara Hendricks** eine Keynote-Rede halten. Anschließend findet im Format „Wahlkampf-Arena“ eine Diskussionsrunde zwischen **Peter Altmaier**, CDU-Wahlkampfmanager und Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. **Ralf Stegner**, SPD-Bundes-Vize, **Joaachim Herrmann**, CSU-Spitzenkandidat und Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, **Katrin Göring-Eckardt**, Grünen-Spitzenkandidatin und Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Caren Lay**, Bundes-Vize der LINKEN, und **Katja Suding**, FDP-Bundes-Vize, statt. Zudem wird die neue Studie „Wohnraum-Bedarf in Deutschland und den regionalen Wohnungsmärkten“ des Instituts Prognos vorgestellt. Im „Verbän-

debündnis Wohnungsbau“ haben sich der Deutsche Mieterbund (DMB), die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), der Zentralverband Deutsches Bau-gewerbe (ZDB), der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW), der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW), der Bundesverband Deutscher Bau-stoff-Fachhandel (BDB) und die Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Woh-nungsbau (DGfM) zusammengeschlossen.

(bidlschi) ■

➔ **Einen Video-Aufruf von Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/kfk1xx>, Infos zur Programm und Anmeldung hier: <https://goo.gl/PQxmPn>**

AUS DEN VERBÄNDEN

Jubiläum: Aktion „Genossenschaft macht Schule“ in Berlin und Brandenburg seit fünf Jahren aktiv

Berlin/Potsdam – 120 erfolgreiche genossenschaftliche Jungunternehmer an vier Schulen in Berlin und Potsdam: Das ist die erste Fünf-Jahres-Bilanz der Aktion „Genossenschaft macht Schule“. 2012 vom Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) und dem Genossenschaftsforum gestartet, bringt sie Schülerinnen und Schülern das demokratische Modell des solidarischen Wirtschaftens im Schulalltag nahe. „Es ist toll, dass gerade junge Leute sich für das Genossenschaftsmodell begeistern und damit auch so erfolgreich sind“, freute sich BBU-Vorstand Maren Kern anlässlich des Jubiläums.

Die Idee bei „Genossenschaft macht Schule“: Schülerunternehmen gründen sich in enger Kooperation mit Lehrern in der Rechtsform der Genossenschaft – und können dank der Patenschaft einer Wohnungsgenossenschaft von bewährtem Knowhow profitieren. Sämtliche Organe der Schülergenossenschaften – zum Beispiel Vorstand und Aufsichtsrat – werden dabei demokratisch gewählt und durch Schüler besetzt. „Das ist Demokratie live“, so Kern. Auf dieser Grundlage haben sich zwischenzeitlich vier Schülergenossenschaften gegründet.

Vier junge Schülerunternehmen stellen sich vor

Als erste gründete sich die Schülergenossenschaft „Nanofokus“ des berufsbildenden Lette-Vereins Berlin. Hier hat die Wohnungsbaugenossenschaft DPF eG die Patenschaft übernommen. Die Kreativ-Genossenschaft stellt selbstgestaltete Tücher, Stoffe und Papierdrucke her. Ein wichtiges Tätigkeitsfeld der jungen Genossenschaft liegt zudem in der Organisation der schulischen Modeschauen und Ausstellungen. „Uns als Schülern war es

wichtig, dass jeder gleichberechtigt sein soll unabhängig von finanziellen Mitteln beziehungsweise Anteilen an der Firma. Hier sind wir alle der Boss. Die Genossenschaft vermittelt Gemeinschaft und Fürsorge für die Firma und ihre Mitglieder“, so Jan Blanke, Nanofokus-Aufsichtsratsmitglied.

Die an der Integrierten Sekundarschule Wilmersdorf beheimatete Schülergenossenschaft „BoZz-Catering“ – Patenschaft durch die „Märkische Scholle“ Wohnungsunternehmen eG – kümmert sich um die kulinarische Versorgung von Mitschülern sowie externen Auftraggebern. Die „Pralenné“ an der Gesamtschule Peter-Joseph-Lenné in Potsdam – Patenschaft durch die Potsdamer Wohnungsgenossenschaft 1956 eG – hat sich auf selbstgefertigte Pra-



Foto: Lausch

Die Schüler von BoZz-Catering an der Integrierten Sekundarschule Wilmersdorf in Aktion.

linien spezialisiert. Backspezialitäten produziert die sich derzeit in Gründung befindliche jüngste Genossenschaftsinitiative, „Theos Backstube“ an der Theodor-Heuss-Gesamtschule in Berlin – Patenschaft durch EVM Berlin eG. Anlass zur Entwicklung des Modells der Schülergenossenschaften war für das wissenschaftlich ausgerichtete Genossenschaftsforum und den BBU das „Internationale Jahr der Genossenschaften“ der Vereinten Nationen 2012.

(coslebschi) ■

Wohnungswirtschaftliches Controlling

28. Juni 2017, Bochum

Auch in Wohnungsunternehmen spielt die Arbeit mit Kennzahlen und Kennzahlensystemen eine herausragende Rolle. Sie ist für die interne Steuerung immobilienwirtschaftlicher Geschäftsprozesse von Bedeutung, hat aber auch im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten Wesentliches zu leisten. In diesem Seminar wird den Teilnehmern das Kennzahlensystem in seiner Gesamtheit dargestellt. Im Mittelpunkt steht dabei die Auseinandersetzung mit Inhalt, Aussagefähigkeit und Außenwirkung der unterschiedlichen Kennzahlen des wohnungswirtschaftlichen Controllings.

Weitere Infos: EBZ, Astrid Onkelbach, Telefon: 0234/9447575, E-Mail: akademie@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

Webinar: Rechte und Pflichten des WEG-Beirats

28. Juni 2017, online

Der Verwaltungsbeirat in der Eigentümergemeinschaft ist vom Gesetzgeber nur optional vorgesehen. Seine Pflichten im Rahmen der „Unterstützung des Verwalters“ sind im WEG-Gesetz nicht definiert. Die komplexe Thematik „WEG-Verwaltung“ braucht gut geschulte Beiräte, die Verwaltung wird durch die Unterstützung des Beirats oft erst möglich. Das Webinar durchleuchtet den Beirat von A bis Z, der kritische Blick auf falsch verstandener Beiratstätigkeit steht dabei auch im Fokus.

Weitere Infos: BBA, Christoph Dormeier, Telefon: 030/23085541, E-Mail: christoph.dormeier@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de

Haftung und Verantwortung des Bauleiters

13. Juli 2017, Lübeck

Der Bauleiter trägt eine enorme Verantwortung für das wirtschaftliche Gelingen eines jeden Bauvorhabens und ist zudem der Gefahr persönlicher zivil- und strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt. In diesem Seminar wird erklärt, wofür er haftet und gerade stehen muss – und wie er auf der Baustelle richtig reagiert, um Haftungsrisiken und -fallen für sich und seinen Betrieb zu vermeiden. Er muss wissen, wie er welche Weichen stellen muss, damit Ansprüche seines Betriebes durchgesetzt und Gegenansprüche abgewehrt werden können.

Weitere Infos: VNW, Kerstin Haase, Telefon: 040/52011212, E-Mail: haase@vnw.de, Internet: www.vnw.de

PERSÖNLICHES

Guido Esseln, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft mbH Neunkirchen, feierte am 8. Juni 2017 seinen 55. Geburtstag. Er ist Mitglied in der Bundesar-

beitsgemeinschaft kommunaler Wohnungsunternehmen, Mitglied im Fachausschuss Betriebswirtschaft und Hausbewirtschaftung und Delegierter zum GdW-Verbandstag.

wi Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Andreas Schichel, Klaus Schrader,
Anne-Sophie König

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel.: 030 82403-151
Fax: 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg:
Hufnerstraße 28
22083 Hamburg
Tel.: 040 211165-32
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Media Sales (Print/Online):
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731
E-Mail: oliver.cekys@haufe.de
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733
E-Mail: klaus.sturm@haufe.de
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41
E-Mail: heike.tiedemann@haufe.de

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2017.
www.mediacyber.haufe.de

Druck: rewi druckhaus, Wissen

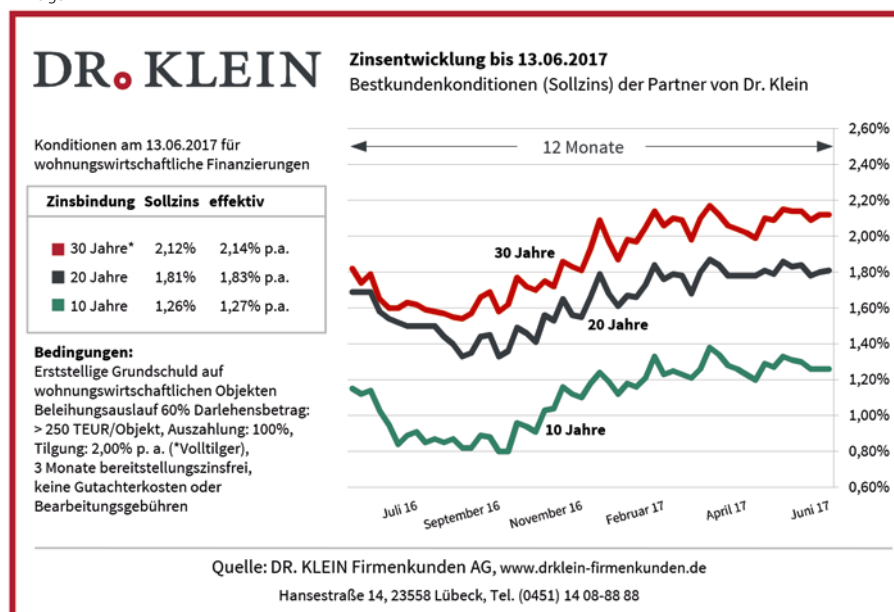
Bezugspreis jährlich:
120,75 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt eingedachte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Nachdruck oder elektronische Weiterverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

Anzeige

**wi Online-Archiv**

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter www.haufe.de/immobilien in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „**Zeitschriften**“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpfeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „**Anmelden**“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf www.haufe.de verfügen, können Sie unter „**Neuregistrierung**“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „**Meine Produkte starten**“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

Nachwuchsförderung: GdW vergibt Stipendien für die besten Immobilienkaufleute 2017

Der GdW und seine Mitgliedsverbände engagieren sich intensiv in den Bereichen „Berufliche Bildung“ und „Personalentwicklung“, um junge, kluge Köpfe für die Wohnungswirtschaft zu gewinnen. So ist die „Azubi-Kampagne der Wohnungswirtschaft“ beispielsweise mit dem Immobilienmanager Award 2017 in der Kategorie „Kommunikation“ ausgezeichnet worden.

Im Rahmen dieses Engagements für den Branchen-Nachwuchs vergibt der GdW zum kommenden Wintersemester 2017/2018 wieder drei Stipendien für ein berufs begleitendes immobilienwirtschaftliches Bachelor-Studium an die besten Absolventen/-innen der Ausbildung zum/zur Immobilienkaufmann/-frau des Jahres 2017 aus den GdW-Mitgliedsunternehmen. Die Frist für die Abgabe der Bewerbungsunterlagen endet am 5. September 2017. (weilschi) ■

➔ Weitere Informationen sowie die Stipendienordnung finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/SevcAe>



Quelle: GdW

Passend zur Verleihung des Integrationspreises am 13. Juni 2017: ein Motiv aus der Imagekampagne des GdW.

Recht so

Austausch eines Gasherds gegen Induktionsherd als Modernisierungsmaßnahme

Nach Ansicht des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg handelt es sich beim Austausch eines Gasherds gegen einen Induktionsherd um eine Modernisierungsmaßnahme, durch die der Gebrauchswert der Mietsache nachhaltig erhöht wird. Weiter meint das Gericht, dass die Anschaffung neuer Töpfe, die sich für den Gebrauch bei Induktionsherden eignen, Aufwendungen im Sinne von § 555a Absatz 3 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) darstellen (Amtsgericht Berlin-Schöneberg, Urteil vom 2. November 2016 – 103 C 196/16). Das Amtsgericht Berlin-Schöneberg verurteilte die beklagten Mieter, die Durchführung des Austauschs des vorhandenen Gasherds gegen den Elektroherd mit Induktionskochfeld zu dulden und den von ihnen beauftragten Handwerkern Zugang zu gewähren, Zug um Zug gegen Zahlung eines entsprechenden Aufwandsvorschusses seitens der Vermieterin in Höhe von 500 Euro. Der Austausch stelle nach Ansicht des Gerichts deshalb eine Modernisierungsmaßnahme dar, weil beim Induktionsherd im Gegensatz zum Gasherd sich die Unfallgefahr beim Betrieb des Herds deutlich reduziere, weil eine offene Flamme nicht mehr vorhanden sei. Weiter gelte ein Induktionsherd nach dem Berliner Mietspiegel 2015 als wohnwerterhöhendes Merkmal. Der vom Vermieter zu zahlende Aufwandsvorschuss entspricht der Bestimmung in § 555d Absatz 6 BGB in Verbindung mit § 555a Absatz 3 BGB. Die Mieter müssen in Folge des Einbaus des Induktionsherds neue Töpfe anschaffen. ■

EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Modernisierungsmaßnahmen sind solche, durch die der Gebrauchswert der Mietsache nachhaltig erhöht wird. Nicht vom Modernisierungsbegriff umfasst sind also reine Maßnahmen der Instandhaltung oder Instandsetzung. Diese Maßnahmen zählen allein dazu, dem Mieter den Gebrauch der Wohnung so zu ermöglichen, wie es die Parteien bei Abschluss des Mietvertrags vereinbart haben. Insofern ist ein Induktionsherd durchaus etwas ‚Besseres‘ als noch der Gasherd, der bei Abschluss des Mietvertrages in der Wohnung vorhanden war. Wenn aber der Mieter aufgrund der Modernisierungsmaßnahme neue Anschaffungen tätigen muss, ist es nur interessengerecht, wenn hierfür ein entsprechender Aufwandsvorschuss zu leisten ist.“ ■



Foto: Sebastian Schobbert

ZAHLE DER WOCHE

3,3

betrug der Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung in Deutschland von der Jahrtausendwende bis 2015. Die Bevölkerung in Deutschland wird älter aber die regionalen Unterschiede sind groß. Das geht aus einer Auswertung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hervor. Während das Durchschnittsalter in den Universitätsstädten Freiburg und Heidelberg 39,8 beziehungsweise 39,9 Jahre beträgt, liegt es in einigen ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten etwa zehn Jahre darüber, zum Beispiel in Suhl (49,1), im Altenburger Land (49,4) und in Dessau (49,5). Dort liegt der Anteil der über 64-Jährigen zudem bei knapp 30 Prozent. In Freiburg und Heidelberg sind hingegen nur rund 16 Prozent älter als 64 Jahre. Weil viele strukturschwache Gebiete an junger Bevölkerung verloren haben, altern diese schneller. Die Kluft zwischen wachsenden Groß- und Universitätsstädten und den Gebieten jenseits der Ballungsräume hat sich in den letzten Jahren vertieft. Besonders stark macht sich die Alterung der Bevölkerung in strukturschwachen Gebieten abseits der Ballungsräume bemerkbar. Allein zwischen 2000 und 2015 haben Landkreise wie Suhl (minus 22 Prozent), Oberspreewald-Lausitz (minus 21,7 Prozent) und Spree-Neiße (minus 19,9 Prozent) jeden fünften Einwohner verloren. ■